



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Dr. Linus Förster, Susann Biedefeld, Diana Stachowitz, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer, Annette Karl, Bernhard Roos, Andreas Lotte, Günther Knoblauch** und **Fraktion (SPD)**

Mit verstärkten Wirtschaftsbeziehungen zu Balkanstaaten die Heimatländer von Zuwanderern entwickeln und Migrationsursachen bekämpfen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, in den Außen- und Außenwirtschaftsbeziehungen Bayerns einen stärkeren Akzent auf die Balkanländer Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Ehemalige Jugoslawische Republik (EJR) Mazedonien und Albanien zu legen, um die fragile Region politisch zu stabilisieren, wirtschaftlich zu entwickeln und so durch die Schaffung von Lebensperspektiven für die Bevölkerung einen spürbaren Beitrag zur Bekämpfung der Migrationsursachen zu leisten.

Dem Landtag ist zu berichten, was bisher von bayerischer Seite diesbezüglich unternommen worden ist.

Begründung:

Die Balkanstaaten entwickeln sich auch mehr als zwei Jahrzehnte nach dem Zerfall Jugoslawiens und den kriegerischen Auseinandersetzungen gesellschaftlich und wirtschaftlich höchst unterschiedlich. Während einige Länder mit einer klaren europäischen Ausrichtung gute Entwicklungsperspektiven haben, sind andere politisch höchst gefährdet und wirtschaftlich in einem dramatischen Ausmaß unterentwickelt, so dass viele Menschen in einer Abwanderung nach Mitteleuropa Zuflucht suchen.

War Bayern aufgrund seiner geografischen Nähe schon in den 1990er Jahren eines der deutschen Hauptaufnahmeländer für Flüchtlinge der Jugoslawienkriege, stellt es heute nicht zuletzt auch wegen seines wirtschaftlichen Wohlstands ein bevorzugtes Ziel für in ihrer Heimat perspektivloser südosteuropäischer Migranten dar.

Eine von außen initiierte oder unterstützte bessere Wirtschaftsentwicklung der Herkunftsländer, die durch die Abwanderung ihrer Bevölkerung weiter geschwächt werden, ist deshalb nicht nur eine Chance für diese Staaten, sondern auch im wohlverstandenen Eigeninteresse von Migrationszielländern wie Bayern.